

grünes blatt

Januar 2013 Nr. 1

die Zeitung der Grünen Kanton Zürich

Redaktion und Verlag:

Grüne Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich

Tel. 044 440 75 50, Fax 044 440 75 51

sekretariat@gruene-zh.ch, www.gruene-zh.ch

Spendenkonto: PC 80-26744-4

Aktuell Gemeinnütziger Wohnungsbau **Seite 2** – Kurznews aus den Regionen **Seite 3** – Abstimmungen 3.3.2013 **Seiten 4 & 5** – Stadt Zürich **Seiten 6 & 7** – Grüne Winterthur **Seite 8** – Junge Grüne **Seite 9** – Petition Alpeninitiative **Seite 10** – Naturstrom zuerst! **Seite 11**

Grüne Sektionen gründen!

Alles
Gute für
2013!

Wahl- und Abstimmungsergebnisse beweisen es immer wieder: Wo wir eigene Sektionen haben, können wir bessere Ergebnisse erwarten. Dabei spielt nicht unbedingt die Anzahl der Mitglieder eine Rolle, sondern dass diese öffentlich in Erscheinung treten. Denn: Grün wählen ist ansteckend! Deshalb ist es unser Ziel, dieses Jahr neue Sektionen aufzubauen. Dafür braucht es nicht viel: Ein bisschen Empörung, etwas Zeit und Freude an der Lokalpolitik. In den Gemeinden kann gerade in Bezug auf die Energiewende viel bewegt werden. So können zum Beispiel Einzelinitiativen eingereicht werden, die ohne grossen Aufwand einen grossen Effekt haben können! Wieso nicht die Gemeinde beauftragen, eine Solarstrombörse aufzubauen? Oder das lokale Elektrizitätswerk dazu bewegen, den Strom aus erneuerbaren Quellen als Standardprodukt zu verkaufen?

Gerade in Gemeinden mit langjähriger bürgerlicher Dominanz und grossem Bevölkerungswachstum in den letzten

Jahren hat man zudem gute Chancen, in den Gemeinderat (Exekutive) gewählt zu werden.

Und nicht zuletzt macht es einfach Spass, Gleichgesinnte kennen zu lernen. Liebe Mitglieder aus Bubikon, Egg, Regensdorf, Seegraben, Fehraltorf, Fäl-

landen, Bassersdorf, Opfikon, Rüti, Affoltern, Elgg usw.: Dies ist ein Steilpass. Ich würde mich über eine Einladung freuen. Mitbringen werde ich eine Flasche voller Optimismus und einen Strauss voller Ideen.

Marionna Schlatter, Präsidentin Grüne Kanton



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser

Die Welt ist Ende 2012 nicht untergegangen. Wir Grünen haben also auch 2013 die Gelegenheit uns auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene für eine soziale, ökologische, nachhaltige Welt einzusetzen – auf das sie noch lange nicht untergehe!

Ein bedeutender erster Schritt dazu kann die Gründung einer Grünen Sektion sein. Auf der Titelseite ruft unsere Präsidentin Marionna Schlatter genau dazu auf und bietet dafür einen Strauss voller Ideen.

Für eine sozialere Gesellschaft kämpfen wir Grünen 2013 unter anderem im Bereich der Wohnbaupolitik. Dass Wohnen gleichzeitig bezahlbar und ökologisch sein kann, beweist die Initiative der Grünen Stadt Zürich (Seite 7). Damit auch die Grünen Ortssektionen kompetent in Sachen gemeinnütziger Wohnungsbau politisieren können, führen wir Anfang Februar eine Veranstaltung zu diesem Thema durch, zu der alle interessierten Mitglieder eingeladen sind (Seite 2).

Wie viel politisches Engagement auf Orts- und Bezirksebene bewirken kann, zeigt der Erfolg der Grünen Bezirk Meilen mit dem überparteilichen Komitee «Naturstrom zuerst», das sich in den Gemeinden an der Goldküste dafür einsetzt, dass Naturstrom als Grundangebot geliefert wird (Seite 11).

Fest steht, die Welt wird auch im Kleinen gerettet, wir alle sind gefordert. Packen wirs an!

Ulla Blume
Parteisekretärin
Grüne Kanton Zürich

Feedback ist willkommen:
publikation@gruene-zh.ch

Wohnbaupolitik konkret

Nach den internen Schulungsveranstaltungen zu den Themen Richtplan und Energiewende auf kommunaler Ebene wenden wir uns einem weiteren politischen Dauerbrenner zu: dem gemeinnützigen Wohnungsbau. Auch dabei soll im Fokus stehen, wie wir als Grüne auf Gemeindeebene konkret agieren können.

2012 haben wir sehr gute Erfahrungen mit unseren zwei Schulungsveranstaltungen gemacht. Deshalb möchten wir auch im neuen Jahr wieder solche Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen anbieten. Ziel ist es, uns inhaltlich weiterzubilden und darüber hinaus Möglichkeiten zum konkreten politischen Handeln vor Ort aufzuzeigen. Das erste Thema 2013 ist die Wohnbaupolitik – angesichts der Knappheit an Wohnraum im ganzen Kanton ein politisches Dauerthema.

Wie funktionieren Wohnungsmarkt und Bauwesen?

Wie funktioniert der Wohnungsmarkt im Kanton Zürich und wie das Bauwesen? Welche AkteurInnen spielen dabei mit und welche Rolle spielen die Genossenschaften? Welche anderen gemeinnützigen Bauträger gibt es? Was macht die öffentliche Hand in Sachen gemeinnütziger Wohnungsbau – und was darf sie machen? Gibt es Unterschiede zwischen Stadt und Land? Welche Subventionen gibt es? Was bedeutet Kostenmiete, was ist mit Marktmiete gemeint? Welche Rechte haben die MieterInnen und wie stark

sind sie? Wie sind sie organisiert und wie die HauseigentümerInnen?

Was können wir Grüne tun?

Antworten auf diese und andere Fragen wollen wir an unserer Veranstaltung am 2. Februar 2013 finden. Dabei soll auch der Erfahrungsaustausch einen wichtigen Platz einnehmen: Wie ist die Praxis in den einzelnen Gemeinden? Was können wir als Grüne tun und was haben wir bereits (erfolgreich) in Angriff genommen? Wie ist der kommunale Handlungsspielraum und welche Rolle spielt die Politik?

Die Veranstaltung richtet sich an die Grünen Ortssektionen und an alle interessierten Mitglieder!

Veranstaltung
«Gemeinnütziger Wohnungsbau auf dem Land und in der Stadt»

2. Februar 2013, 9:00 – 12:30 Uhr
CEVI Zentrum Glockenhof, Zürich,
Sihlstrasse 33, Raum London

Markus Kunz, Gemeinderat Zürich 3,
Mitglied Geschäftsleitung Grüne Kanton Zürich



Ein Beispiel für genossenschaftlichen Wohnungsbau auf dem Land: Geplante Wohnungen für Wohnen im Alter und Familienwohnungen in Hausen am Albis.

Kurznews aus den Regionen

Grüne Adliswil-Langnau: Aktivitäten 2013

Neben dem politischen Alltagsgeschäft hat sich die Ortsgruppe Adliswil-Langnau entschieden, ihre Aktivitäten im Jahr 2013 entlang dem Thema Ernährung zu gestalten.

Auf Initiative der Grünen ist eine IG Gartenkultur entstanden, die im Frühling einen temporären Garten auf einer Baubrache im Zentrum von Adliswil realisieren wird. Zur Hauptversammlung vom 11. April wird Nationalrat Balthasar Glättli den Bogen zu weltweiten Ernährungsfragen spannen. Am 28. September sind Interessierte zu einem vegetarischen Kochkurs eingeladen. So will die Adliswiler Ortsgruppe einige Impulse zum Ernährungskreislauf geben und hofft auch, dass ihre Ortsgruppe durch neue Kontakte wachsen kann.

Maria Ackermann, Grüne Adliswil-Langnau

Grüner Ustertag 2012 «Armut in der Schweiz»

Am 16. November fand in der Villa Grunholzer unter dem Motto «Armut in der Schweiz» der Grüne Ustertag 2012 statt. Im bis auf den letzten Platz gefüllten Saal der Villa erklärte uns der Gastgeber und Ausstellungsleiter Peter Schulthess-Hürliemann, dass Herr Grunholzer, der Namensgeber der geschichtsträchtigen Villa, vor gut hundert Jahren zuhause den preussischen Königen den ersten Sozialbericht

Europas geschrieben habe und der Ort deshalb passender nicht sein könne.

Hugo Fasel, Direktor der Caritas Schweiz, rief die wichtigsten Faktoren für Armut in der Schweiz heute in Erinnerung: tiefes Bildungsniveau, alleinerziehend sein, AusländerIn sein (Nachteile bei der Jobsuche). Der Ökonom und Publizist Werner Vontobel wies darauf hin, dass das bedingungslose Grundeinkommen für die Schweiz ohne flankierende Massnahmen ein Abbau der heute bestehenden Sozialversicherung einläuten könne und deswegen auch in Wirtschaftsvertreter-Kreisen sehr wohl Anklang finde. Katharina Prelicz-Huber, VPOD-Präsidentin, hob die Lohnungleichheiten in der Schweiz hervor und Usters Stadträtin Barbara Thalmann präsentierte konkrete Sozialzahlen für Uster auf.

Ein gelungener Abend, an den wir gerne am Grünen Ustertag 2013 anknüpfen werden.

Simone Michel, Grüne Uster

Grüne Winterthur: Kommunalen Erfolg für Grüne Initiative!

Winterthur ist nun offiziell und vom Stimmvolk bestätigt in der Gilde der 2000 Watt-Städte angekommen! Auch dank den Grünen, die 2010 die Initiative «Winergie2050» lanciert hatten. Diese forderte bis zum Jahr 2050 den Ausstieg aus der Atomenergie, die Reduktion des

durchschnittlichen Energieverbrauchs auf 2000 Watt pro Person sowie die Reduktion des Treibhaus-Ausstosses auf eine Tonne CO₂ pro Kopf und Jahr. Davon konnte fast alles in den Gegenvorschlag des Stadt- und Gemeinderates «gerettet» werden. Einzig das CO₂-Ziel wurde dort auf 2t statt 1t festgeschrieben.

Der Gegenvorschlag wurde nun im November mit fast Zweidrittelsmehrheit von der Bevölkerung angenommen und die Initiative unterlag nur in der Stichfrage. Ein Freudentag für alle Winterthurer Energie- und Klimaengagierten!

Reto Diener, Präsident Grüne Winterthur

Grüne Kloten: Wechsel im Gemeinderat

Nach seiner 6-jährigen Tätigkeit für die Grünen im Gemeinderat Kloten ist Christian Lanz per Ende Jahr aus beruflichen Gründen zurückgetreten. Christian Lanz hat die Grünen Kloten während seiner Amtszeit auch in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vertreten. Seine Nachfolge tritt per Anfang Jahr Ortsparteipräsident Reto Schindler an.

Zudem hat die Grüne Gemeinderätin Regula Kaeser-Stöckli bereits im vergangenen Mai als zweite Vizepräsidentin auf dem Bock des Klotener Gemeinderats Platz genommen.

Vorstand Grüne Kloten

In eigener Sache

RevisorIn gesucht

Die Grünen Kanton Zürich suchen per sofort eine neue Revisorin oder einen neuen Revisor. Der Zeitaufwand für die Revision der Grünen Kanton Zürich beträgt ca. einen halben Tag im Jahr.

Unsere Anforderungen: Ideal wäre eine Person aus dem Buchhaltungs- oder

Treuhandbereich oder eine selbständig erwerbende Person, die sich auch mit der Buchhaltung des eigenen Geschäftes befasst.

Sinn für Zahlen und ein Gefühl der Verantwortung für die finanziellen Aspekte auch bei einer politischen

Partei sind weitere Voraussetzungen für dieses Amt.

Interessiert?

Bitte melde dich bei sekretariat@gruene-zh.ch

Kantonale Abstimmungen

Wann ist man alt genug für die «Husi»?

Die «Husi» ist ein dreiwöchiger Ernährungs- und Haushaltkurs, in dem Grundwissen in Ernährung, Gesundheit, Kochen, Haushalten, Einkaufen, Waschen, Nähen etc. vermittelt wird. Dabei sollen auch Umweltbewusstsein, Teamfähigkeit und soziale Verantwortung erworben werden. Dass es diesen praktischen Unterricht auch am Gymnasium geben soll, ist unbestritten. Bei der Abstimmung über das Mittelschulgesetz am 3. März geht es lediglich um die Frage, WANN die MittelschülerInnen in den Genuss der Husi kommen sollen.

Bei Ablehnung der Vorlage bleibt es beim Status Quo: Dann findet die Husi im Langzeitgymnasium im 4. oder 5. Schuljahr statt, wenn die SchülerInnen 17 oder 18 sind. Die GegnerInnen der Vorlage sind überzeugt, dass MittelschülerInnen in diesem Alter ein deutlich grösseres Interesse und die nötige Reife fürs Hauswirtschaften mitbringen. Ausserdem befürchten sie bei einer Änderung einen Qualitätsverlust beim Husi-Unterricht.

Die BefürworterInnen der Vorlage möchten eine Vorverlegung der Husi ins Untergymnasium – die MittelschülerInnen sollen ihre praktischen, haushalterischen Fähigkeiten gleichzeitig erwerben wie ihre KollegInnen an der Sek. 90 Prozent aller Jugendlichen kommen in der Oberstufe in den Genuss des Unterrichtes, und die BefürworterInnen sehen keinen Grund, warum ausgerechnet die MittelschülerInnen diesen zweimal absolvieren sollen, einmal davon in einem überaus teuren Internatskurs. Das Vorziehen der Husi ins Untergymnasium wäre auch eine Entlastung für das Obergymnasium mit seinen immer gedrängteren Stundenplänen.

Dass die Husi ein emotionales Thema ist, ist bereits bei früheren Diskussionen und Abstimmungen deutlich geworden. Die Mehrheit der Fraktion wie auch der Kantonsrat befürworten die Vorlage. Die Positionierung der Partei in dieser Frage kann nun die Mitgliederversammlung der Grünen Kanton Zürich vom 4. Februar 2013 vornehmen.

Ulla Blume, Parteisekretärin Grüne Kanton Zürich

Schulleitungsamt für kompetente Fachpersonen öffnen

Seit längerem arbeitet der Zürcher Kantonsrat an einer Revision des Lehrpersonalgesetzes. Ein Grossteil der geplanten Änderungen ist unbestritten oder stellt sogar nur einen gesetzlichen Nachvollzug bereits realer Praxis dar. Die geänderten Zulassungsbedingungen für SchulleiterInnen haben jedoch zu Widerspruch aus gewerkschaftlichen Kreisen geführt. Bisher war als SchulleiterIn zugelassen, wer über eine Lehrer- und eine Schulleiterausbildung verfügt. Neu soll eine Lehrerausbildung für die Leitung einer Schule nicht mehr zwingend notwendig sein. Dieser Vorschlag ist auch vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Lehrpersonalmangels entstanden.

Dagegen haben die Lehrerverbände das Referendum mit Gegenvorschlag ergriffen. Im Gegenvorschlag mit dem Titel «für fachlich kompetente Schulleitungen» wird argumentiert, dass auch für die Schulleitung eine pädagogische Fachausbildung zwingend notwendig sei, da sie auch Entscheidungen treffe, die grossen Einfluss auf die Lernumgebung und den Schul-Alltag der SchülerInnen haben.

Die Grüne Fraktion im Kantonsrat anerkennt die Wichtigkeit der Aufgaben, die Schulleitungen im modernen Schulbetrieb übernehmen müssen, und ist mit den Referendumskräften einig, dass diese Aufgaben pädagogisches Wissen benötigen. Gleichzeitig soll aber interessierten und fähigen Personen

der Zugang zu einer Schulleitungsstelle nicht zusätzlich erschwert werden. So braucht es für eine gute Schulleitung zwar das breite pädagogische Wissen, das in der Schulleiterausbildung vermittelt wird, nicht aber das gesamte fachspezifische, didaktische Wissen einer Lehrerausbildung.

Eine Schule soll und wird nie zu einem Unternehmen werden, das wie ein KMU von SchulleiterInnen mit einer Management- oder Betriebswirtschafts-ausbildung geleitet wird. Eine staatliche Schule hat sich an erster Stelle an ihren pädagogischen Aufgaben zu orientieren und daran soll auch nichts geändert werden. Eine Schulleiterausbildung ist für eine Schulleitungsfunktion weiterhin Voraussetzung und die überwiegende Mehrheit der SchulleiterInnen wird über eine Lehrerausbildung verfügen. Ebenso wird die Schulleiterausbildung eine interessante Weiterentwicklungsmöglichkeit für ausgebildete Lehrpersonen bleiben. Trotzdem ist denkbar, dass Personen, die sich intensiv und über Jahre mit dem Schulbetrieb befassten (zum Beispiel in einer Schulpflege), die Voraussetzungen für das Schulleitungsamt auch erfüllen. Nach Ansicht der Grünen Fraktion soll es den Schulgemeinden möglich sein, auch solche Personen mit der entsprechenden Schulleiterausbildung anzustellen.

Res Marti, Kantonsrat, Zürich

Abstimmungen vom 3. März 2013 Anträge des Vorstands zuhanden der MV

Kantonale Abstimmungsvorlagen

- | | | |
|------|--|---------------|
| 1 A. | Anpassung Lehrpersonalrecht Volksschule | JA |
| 1 B. | Gegenvorschlag von Stimmberechtigten | JA |
| 1 C. | Stichfrage | Vorlage A |
| 2. | Steuergesetz (Grundstückgewinnsteuer) | NEIN |
| 3. | Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen | Stimmfreigabe |
| 4. | Beschluss Kantonsrat zur Sanierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal | JA |

3. März 2013

Golderlös für BVK-Sanierung

Um es vorwegzunehmen: Die Mittel für die Sanierung der BVK sind bereits gesprochen und nicht Gegenstand der Abstimmung vom 3. März 2013. Schon 2011 wurden 2 Milliarden Franken dafür zurückgestellt – jetzt befindet das Stimmvolk «lediglich» über die Verrechnung im mittelfristigen Ausgleich, die Amortisation quasi.

Gemäss Kantonsverfassung muss der Kanton den Finanzhaushalt mittelfristig ausgleichen. Deshalb hat der Kantonsrat beschlossen, die Einmaleinlage für die BVK-Sanierung im Umfang von 1.6 Mia. Franken nicht in den mittelfristigen Haushaltsausgleich einzurechnen. Diese Summe entspricht der Höhe des Zürcher Anteils an der einmaligen Ausschüttung des Golderlöses der Schweizerischen Nationalbank von 2005. Die Differenz zwischen dem Ertrag aus dem Golderlös und der Einmaleinlage, insgesamt 400 Mio. Franken, soll ab 2013 gleichmässig auf acht Jahre verteilt dem mittelfristigen Ausgleich angerechnet werden. Dazu kommen 617 Mio. Franken für die Sanierung der Arbeitgeber-Beiträge, die ebenfalls ab 2013 dem mittelfristigen Ausgleich belastet werden.

Sollte die Anrechnung an den mittelfristigen Ausgleich abgelehnt werden, wird die Sanierung der BVK zu einem Aufwandüberschuss von rund 1.7 Mia. Franken bis 2016 führen. Der Kanton hätte dann ein echtes Finanzproblem – massive und nicht verantwortbare Sparprogramme oder deutliche Steuererhöhungen wären die Folge. Deshalb stimmen die Grünen mit der Kantonsratsmehrheit für eine teilweise Ausklammerung der Rückstellungen für die BVK-Sanierung aus dem mittelfristigen Ausgleich und lehnen das Referendum der SVP ab.

Regula Kaeser-Stöckli, Kantonsrätin, Kloten

Senkung Grundstückgewinnsteuer? Nein danke, es reicht.

Der Wert eines Grundstücks oder einer Liegenschaft steigt nicht in erster Linie durch eigenes Zutun der EigentümerInnen. Verantwortlich dafür sind Ein-

oder Umzonungen und Investitionsleistungen der öffentlichen Hand (Verkehrsinfrastruktur, Schulen usw.). Die Teilabschöpfung dieser Planungsmehrwerte sorgt dafür, dass nicht der ganze Profit bei Wenigen verbleibt: Die Grundstückgewinnsteuer ist eine faire Beteiligung der EigentümerInnen für die Wertsteigerungen, die auf Kosten der Allgemeinheit realisiert wurden. Sie besteuert Gewinne ohne Leistung und gehört damit zu den gerechtesten Steuern überhaupt.

Der Gegenvorschlag zur Hauseigentümer-Initiative, der am 3. März zur Abstimmung gelangt, will diese Steuer senken. Das ist ungerecht und unzweckmässig. Es wäre volkswirtschaftlich und raumplanerisch schädlich. Auch würde die antispekulative Wirkung der

Grundstückgewinnsteuer ausgehöhlt – und zwar zugunsten der Gewinnoptimierung von Immobilien-AGs, die im Handel tätig sind. Vor allem aber steht die neuerliche Privilegierung des Grund- und Wohneigentums steuerpolitisch quer in der Landschaft. Die Zürcher Stimmberechtigten haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, was sie von Steuerrabatten für jene halten, denen es ohnehin gut geht: nämlich nichts. Auch wären die Steuerausfälle in den Gemeinden substantiell: mindestens 75 Mio. Franken. Konsequenz: Steuererhöhungen oder Leistungsabbau.

Wenige profitieren – alle bezahlen? Zum wiederholten Mal: Nein danke.

Ralf Margreiter, Kantonsrat, Zürich



**WENIGE
PROFITIEREN.
ALLE
BEZAHLEN.**

NEIN zur Senkung der
Grundstückgewinnsteuer

Braucht Zürich ein neues Fussballstadion?

PRO: Wer Fussball sagt, muss auch Stadion sagen

Zürich hat doch bereits ein Stadion, ist das wohl am meisten gehörte Argument gegen den neuen Fussballtempel. Richtig, aber es handelt sich um ein Leichtathletikstadion, für Fussball völlig ungeeignet. Ähnlich absurd wäre es, Oper und Kunsthaus im selben Bau unterzubringen und die Bilder dann über den Orchestergraben hinweg anzuschauen. Die Sitzreihen beginnen 20 Meter zu weit hinten für Fussball, in den beiden Kurven sind es sogar 50 Meter, die man zu weit vom Geschehen weg steht oder sitzt. In Zürich braucht man Operngucker, höhnen auswärtige Fans jeweils.

Zudem ist Fussball ein Wintersport, die Saison beginnt im Herbst, endet im Mai. Gespielt wird bis Mitte Dezember und ab Anfang Februar wieder. Auch deshalb ist die schicke Villa Durchzug an der Herdernstrasse für Fussball nicht das Richtige: Es ist dort ganz einfach viel zu kalt. Wegen der fehlenden Aussenwände entsteht auch kein Kesselklima. Die Fangesänge verhallen fast ungehört, die typische Matchstimmung, die zum attraktiven Stadionbesuch dazugehört, mag da nicht aufkommen.

Den Couch Potatoes unter den Fussballfans mag das alles egal sein. Beim Fernsehen merkt man diese Unterschiede

kaum. Der Fussball lebt und überlebt aber nur dank der Fans, die Woche für Woche hinpilgern und Eintritt bezahlen. Und dass ein neues, attraktives Stadion die Zuschauerzahlen in die Höhe treibt, hat man in Basel, Bern und St. Gallen bestens sehen können. Die Zürcher Fussballclubs brauchen ganz einfach eine geeignete Arena, um langfristig prosperieren und an der Spitze der Liga mitspielen zu können. Darum: Wer ja sagt zum Fussball, muss auch ja zum neuen Stadion sagen!

Christoph Hug, Präsident Grüne Stadt Zürich

CONTRA: Ein Stadion reicht – Wunschkonzert der Clubfunktionäre

Eines schönen Tages spielt eine Handvoll Clubfunktionäre Wunschkonzert. Sie wünschen sich ein zweites Gratisstadion. Eines mit zwei getrennten Fankurven, was ziemlich ins Geld geht, etwa 10 Millionen mehr, aber zahlen muss man ja selber nichts. Denn das viele Geld der Clubs kann unmöglich in ein Stadion fließen, die müssen schliesslich untereinander um die teuren Spieler zocken können. Sie träumen von grossen Luxus-Lounges für die «mehrbesseren» KundInnen. Dafür braucht es selbstverständlich eine eigene Tiefgarage und direkte Lifte da hoch,

in die höheren Gefilde. Die 20 Millionen, die dieser Wunsch extra kostet zahlt ja – wie alles andere – die Stadt.

Als Köder für die kritischen Geister dient ein Stück Land für Wohnungen – günstige Wohnungen. Aber nur, wenn das Stadion kommt, sonst gibt es keine Wohnungen. Die Credit Suisse ist gerne bereit den Poker öffentlich zu verkünden: «Baut uns das Stadion oder es gibt keine günstigen Familienwohnungen», posaunen sie fröhlich heraus.

Und da sind wir nun. Die Stadt soll für 150 Millionen ein zweites Fussballstadion bauen, weil das alte nicht gut genug ist. Jährlich soll die Stadt um die 10 Millionen in den Schlund des neuen Stadions werfen. Die Clubs übernehmen das lukrative Catering und zahlen sagenhafte 2 Millionen an die Baukosten.

Was sich hier wie eine lustige Anekdote liest, ist leider Wirklichkeit. Die Clubfunktionäre haben den Realitätssinn komplett verloren! Lassen wir uns nicht verarschen, mit Fussball hat das nur am Rande zu tun. Es ist das schamlose, abzockerische Wunschkonzert einer sich selbst-feiernden Elite, die sich ihren Luxus von der Stadt finanzieren lassen will. Ohne mich!

Matthias Probst, Gemeinderat Zürich 4/5



Ein klares JA am 3. März: Bezahlbar und ökologisch wohnen

Am 3. März wird in Zürich über die Grüne Initiative «Bezahlbar und ökologisch wohnen» abgestimmt. Die neue Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen bringt Zürich einen Schritt näher an das hochgesteckte Ziel einer 2000 Watt-Gesellschaft.

In den vergangenen Jahren haben wir Grünen für eine beachtliche Anzahl Initiativen, Referenden und Petitionen Unterschriften gesammelt. So waren wir vor knapp drei Jahren im Wahlkampf mit der Initiative «Bezahlbar und ökologisch wohnen» auf der Strasse. Erfahrene SammlerInnen wissen, dass das Unterschriftensammeln nur selten so schnell vonstatten geht, wie es bei dieser Initiative der Fall war. Ähnlich wie bei der Atomausstiegs-Initiative reichte es oft schon, den Titel der Initiative zu sagen und die Leute nickten zustimmend. Unser Thema traf ganz klar den Nerv der Zeit.

Drängendes Problem Wohnungsknappheit

Die Wohnungsknappheit war vor drei Jahren ein drängendes Problem und ist es heute immer noch im gleichen Masse. Deshalb erstaunt es auch nicht wirklich, dass satte 75.9 Prozent der Zürcher Stimmbevölkerung bei der Abstimmung im November 2011 einem wohnpolitischen Grundsatzartikel zugestimmt haben, der verlangt, dass der Anteil der gemeinnützigen Wohnungen auf ein Drittel angehoben werden muss.

Grünes Dilemma

Wir Grünen befinden uns dabei aber in einem Dilemma. Selbstverständlich stehen wir ganz klar hinter dem Ausbau des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Gleichzeitig stehen wir genauso klar hinter dem Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft, das auch als Grundsatzartikel in der Gemeindeordnung festgeschrieben ist. Wohnen ist energieintensiv, über 40 Prozent der Gesamtenergie werden für Gebäudewärme und Warmwasser verbraucht. Hier liegt demnach ein grosses Sparpotenzial. Mit geeigneten energie-

tischen Massnahmen lässt sich dieser Verbrauch markant verringern, bis hin zum Plus-Energie-Haus mit einer Technologie, die mehr Energie produziert als verbraucht. Für die MieterInnen in Häusern mit einer hohen Energieeffizienz resultieren deutlich geringere Nebenkosten. Das nützt ihnen aber nicht viel, weil die energetischen Massnahmen die anfänglichen Baukosten verteuern, was sich negativ auf die reinen Mietkosten auswirkt.

Ökologisch und trotzdem bezahlbar

Unser Ziel konnte also nur die Verbindung der zwei Forderungen nach bezahlbaren Mieten und nach einem vorbildlichen ökologischen Ausbau sein. Dies gelingt dann, wenn zu den energetischen Massnahmen noch weitere Vorgaben kommen, die ökologisch zu Buche schlagen.

Wohnfläche und Ausbaustandards

So muss der Trend zu immer mehr Wohnfläche pro Kopf endlich gebrochen werden. In den letzten Jahren ist der Flächenbedarf stetig angestiegen und beträgt heute in der Stadt Zürich über 40m² pro Person. Das wirkt sich ganz direkt auf den Energiekonsum aus. Auch können mit einem vernünftigen Rahmen beim Ausbaustandard die Kosten zusätzlich tief gehalten werden. Nicht jede 4-Zimmer-Wohnung braucht zwei Nasszellen und nicht jeder Haushalt braucht einen Parkplatz in der Tiefgarage.

Mit solchen preisdämpfenden Massnahmen bleiben die Baukosten in einem durchschnittlichen Rahmen. Und so können sich auch Bevölkerungskreise

mit kleineren und mittleren Einkommen eine energetisch sanierte Wohnung in der Stadt Zürich leisten.

Nachhaltiges Zürich

Mit der Abstimmung am 3. März sorgen wir für ökologisch und ökonomisch nachhaltiges Wohnen. Die neue Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird auch helfen, Liegenschaften der Spekulation und somit der Mietpreisspirale zu entziehen. Und die Stadt Zürich kommt ihrem selbst gesteckten Ziel einer 2000 Watt-Gesellschaft einen Schritt näher.

Kathy Steiner, Gemeinderätin Zürich 10



Nutztierhaltung – ein Thema mit Brisanz

In der Debatte rund um Klima- und Umweltschutz wird ein wichtiger Themenbereich häufig ausgeklammert: Der Konsum von Fleisch und anderen tierischen Lebensmitteln, und somit auch die Viehhaltung an sich. Es scheint, man wolle dem Thema eher aus dem Weg gehen. Es ist gerade aus Grüner Sicht zwingend, dem Thema mehr Beachtung zu schenken.

Produktion und Konsum tierischer Lebensmittel belasten das Klima ...

Studien zeigen, dass die Viehhaltung für bis zu 50 Prozent der durch den Menschen verursachten Treibhausgasemissionen verantwortlich ist. Bereits mit einem konservativ kalkulierten Anteil von gegen 20 Prozent ist dies mehr als die gesamte Belastung durch den Verkehr, Flugzeuge eingeschlossen. Besonders interessant ist die Tatsache, dass es verhältnismässig wenig ausmacht, das ganze Jahr über Früchte und Gemüse aus dem Ausland zu konsumieren (Land- und Seetransport, pro kg ca. 900g CO₂).

Der Konsum von tierischen Lebensmitteln führt hingegen zu einer deutlich höheren Belastung für das Klima (pro kg ca. 14kg CO₂!). Auch Boden-, Wald- und Gewässerbelastung, Verlust von Biodiversität und ein enorm hoher Wasserverbrauch stehen in direktem Zusammenhang mit der Nutztierhaltung. So werden für die Produktion von einem Kilogramm Fleisch über 15000 Liter Wasser verbraucht, damit könnte eine Person ein Jahr lang täglich duschen. Daraus wird deutlich, was für gravierenden Folgen die heutige Viehhaltung auf die Umwelt hat. Die grosse Problematik besteht unter anderem darin, dass die Kosten für die Umwelt nicht im Preis der Produkte enthalten sind.

... und verursachen weitere Probleme

Hinzu kommen weitere grosse Probleme. Die konventionelle Fütterung der Tiere verschlingt gewaltige Mengen an Lebensmitteln und stellt eine direkte Konkurrenz zur Produktion von pflanzlichen Nahrungsmitteln für Menschen dar (für die Produktion von einem Kilogramm Fleisch werden 7–16 kg Getreide oder Soja benötigt). Besonders eindrücklich illustriert dies folgendes Beispiel: Die Fläche, die Deutschland für seine Futtermittelproduktion benötigt, entspricht einer Fläche, die so gross ist wie ganz Österreich.

Die Massentierhaltung stellt zudem ein Paradies für Keime dar. BSE, EHEC, Schweinegrippe und Vogelgrippe sind Beispiele von Krankheitserregern aus den letzten Jahren, die allesamt der Viehhaltung entsprungen sind. In der Schweiz wurden 2008 ca. 78 Tonnen Antibiotika an Nutztiere verfüttert. Ohne diese Antibiotika wäre es gar nicht mehr möglich, die Tiere auf konventionelle Art und Weise zu halten. Für KonsumentInnen bedeutet dies, dass sich Resistenzen bilden können, durch die Antibiotika ihre Wirkung verlieren.

Auch biologische und artgerechte Viehhaltung vermag lediglich Teilbereiche der Problematik zu lösen. Es ist definitiv an der Zeit, das Thema vermehrt anzugehen, der Handlungsbedarf ist gross und das Potential, besonders im ökologischen Bereich, immens.

Philip Hochuli, Präsident Junge Grüne Winterthur und Vorstand Grüne Winterthur

Dieser Artikel beruht auf der Maturitätsarbeit Philip Hochulis von 2011.

Link zur Maturarbeit

<http://winterthur.gruene-zh.ch/politik/themen/ernaehrung/>



Wasserverbrauch Kosten
Gesundheit
Klimawandel
Bodenerosion Biodiversität
soziale Konflikte

Alle Jahre wieder: Dezember-Schizophrenie

Ob an den Gemeindeversammlungen, im Kantonsrat oder im nationalen Parlament, zum Jahresende geht's um den Stutz. Eigentlich passend, dass die Budgetdebatten immer im weihnachtlichen Dezember stattfinden.

Alle Jahre wieder kommt die Diskussion über das Ausgeben und Einnehmen. Erbarmungslos wollen sparwütige, neoliberalen PolitikerInnen durchgreifen und jeden vermeintlich unnützen Rappen wegstreichen. Dabei stimmen sie statt «Stille Nacht» den Chor «Es kommen harte Zeiten auf uns zu» an, dies aber mit nicht weniger Inbrunst. 2013, dessen ist man sich auf bürgerlicher Seite sicher, wird man sich nur noch knapp über Wasser halten können, wenn man tatsächlich noch Geld für Stühle in Schulen und ähnlich Überflüssiges ausgibt.

Sparübungen bringen selten viel Geld ...

Es werden Budgets in Millionenhöhe beschlossen. Gespart wird dann im Promille-Bereich, z.B. bei den Lohnkosten von Verwaltungsangestellten oder der Kinder- und Jugendarbeit. Einigen missfällt auch der Schulbus; es gehöre doch zur elterlichen Pflicht, seine Sprösslinge per Offroader vor dem Schulhof abzuliefern. Die In- und Auslandhilfe ist vielen erst recht ein Dorn im Auge. Dass wir von unglaublichen Standortvorteilen und den Gewinnen des internationalen Ressourcen-Raubbaus profitieren, wird hierbei grosszügig übersehen.

Ja, wenn's ums Geld geht, geht's ans Eingemachte. Auch wenn wir uns an den zahllosen Weihnachtsapéros vermehrt mit Zimtsternen, Mandarindli und einem guten Glas Roten verköstigen, uns auch mal was gönnen und Eingemachtes mit Vorliebe auf die Fastenzeit verschieben. In der Weihnachtszeit sind wir unseren Liebsten am nächsten, geniessen die Gemeinsamkeit und beschenken uns gegenseitig. Bei der sinnigen Weihnachtsbeleuchtung zeigen wir uns so spendabel wie sonst selten und haben nebst dem «Gschänkligeld» auch noch ein paar Franken für Arme und Bedürftige übrig.

... senken aber die Lebensqualität spürbar

Zurück auf den Budgetschauplätzen übertreffen sich die PolitikerInnen mit stumpfsinnigen Sparanträgen en masse. Dass diese Sparwut – unter der zumeist Budgetposten zu leiden haben, die zwar insgesamt wenig ins Gewicht fallen, doch im Kleinen einen signifikanten Unterschied in der Lebensqualität bewirken – nicht so recht ins Bild der adventlichen Güte und Milde passt, scheint wenige zu stören. Es wird gekürzt und gespart um nach der Budgetdebatte zufrieden ins traute Heim zurückzukehren, wobei man sich auf dem Weg an der Weihnachtsbeleuchtung der Bahnhofstrasse erfreuen kann. Erstaunlicherweise wird hier das Sparpotenzial kaum erkannt, Weihnachtsbeleuchtungen, Feuerwerke; die grossen Effekthaschereien scheinen in Budgetdebatten unantastbar zu sein.

Sparen mit (Salami-)Taktik

Oftmals hören wir jungen grünen nach solchen Aussagen den Vorwurf, wir wären nur destruktiv, würden alles abschaffen, was gute Stimmung macht, und seien grundsätzlich tendenziell genussfeindlich. Lebensverneinende

Miese peter, um es in andere Worte zu fassen. Verständlich, denn wer Lohnkosten und Jugendarbeitsgelder kürzt, hat nicht mit dem Aufschrei der Bevölkerung zu rechnen, diese Kürzungen werden schliesslich von der Mehrheit nicht einmal bemerkt, leises Sparen könnte man es auch nennen.

Doch wir sind durchaus zu genauso konstruktiven Vorschlägen fähig wie die genannten PolitikerInnen. Weihnachtsbeleuchtung abschaffen? – Aber nein! Welch einschneidender Eingriff ins Leben der StadtzürcherInnen! Wir werden pragmatisch vorgehen und – ganz einfach – jeweils nur jedes fünfte Lämpchen brennen lassen. Und nun, keine Überreaktionen bitte, die Weihnachtsbeleuchtung bleibt bestehen, sie leuchtet einfach nicht mehr so sehr. Das Phänomen nennt sich Salami taktik und ist bereits aus anderen Bereichen der Politik hinreichend bekannt.

Meret Schneider, Koordinatorin Junge Grüne Zürich
Andi Lustenberger, Präsident Junge Grüne Schweiz
& Koordinator Junge Grüne Zürich



Gotthard: 12 Milliarden investiert, das genügt

Wo drängt sich der Verkehr am dichtesten? Ganz sicher nicht am Gotthard. Dennoch will der Bundesrat eine zweite Strassenröhre bohren. Als Vorwand dient ihm die Sanierung des bestehenden Tunnels. Ein Projekt, das zwei bis drei Milliarden Franken teurer ist als eine normale Sanierung inklusive Ersatzangebot auf der Schiene. Mit einer Petition wollen wir erreichen, dass Bundesrat und Parlament auf die zweite Röhre verzichten.

Durch den Gotthard-Strassentunnel fahren im Durchschnitt täglich 17'000 Fahrzeuge. Auf der A1 bei Wallisellen sind es über 140'000 Fahrzeuge pro Tag, im Gubristtunnel über 100'000. In der Stadt Zürich werden auf der A1 in Schwamendingen 85'000 Fahrzeuge pro Tag gezählt, auf der Quaibrücke 46'000, auf der Bergstrasse in Zürich-Hottingen 16'000. Und eben, am Gotthard sind es ungefähr gleich viele wie auf der Bergstrasse in Zürich-Hottingen. Zweite Röhre? Nein.

Grosser Andrang nur zu Ferienzeiten

Stark frequentiert ist die Gotthardröhre ausschliesslich dann, wenn der grosse Ferienverkehr anrollt. Nirgends aber wird die Strasseninfrastruktur auf Spitzenverkehrszeiten ausgelegt. Die täglichen Überlastungen finden in den Agglomerationen von Zürich bis Basel, Bern, Luzern, Lausanne, Genf und Lugano statt, sowohl auf der Strasse als auch auf der Schiene. Und nicht zu vergessen: Mit dem Bau der NEAT wurden und werden am Gotthard rund 12 Milliarden Franken in den Basistunnel und den Ceneri-Tunnel investiert. Das genügt!

Sanierung als Vorwand für zweite Röhre

Nun muss der Gotthard-Strassentunnel aber saniert werden. Das nimmt der Bundesrat zum Vorwand, dennoch eine zweite Röhre erzwingen zu wollen. In den Chor der Befürworter eingestimmt sind alle, die seit Jahren diese Verdoppelung der Kapazitäten fordern. Sie wittern die grosse Chance, die Lastwagentransporte gegenüber der Bahn zu favorisieren, den Alpenschutz abzuschaffen und die freie Fahrt für sich einzufordern. Das Schweizer Stimmvolk hat ihnen bisher immer einen Strich durch die Rechnung gemacht: 1994 mit der Zustimmung zur Alpen-Initiative, 2004 mit dem überdeutlichen Nein zum Avanti-Gegenvorschlag. Auch das Tessin stimmte 2004 Nein.

Verfassung verbietet Kapazitätserhöhung

In der Schweizer Verfassung (Art. 84) steht, dass die Transitstrassen-Kapazität im Alpengebiet nicht erhöht werden darf. Das kümmert die Zweite-Röhre-Turbos nicht. Sie verstecken sich hinter dem unglaubwürdigen Versprechen: «Wir nutzen

die zwei Röhren nur zur Hälfte und lassen je eine Spur als Pannestreifen leer.» Es baut doch niemand einen Fussballplatz, um nur in einer Hälfte zu spielen!

Jetzt Petition unterschreiben!

Verschiedene Organisationen, angeführt vom Verein Alpen-Initiative, sammeln nun Unterschriften gegen die geplante zweite Strassenröhre am Gotthard. Mit einer möglichst grossen Zahl Unterschriften können wir den Entscheidungsträgern in Bern signalisieren, dass die Bevölkerung keinen Ausbau der Transitautobahn und keine Verschwendung von Steuergeldern will. Der Bundesrat selber hat aufgezeigt, dass der Strassentunnel OHNE Verdoppelung der Röhren saniert werden kann: mit einem temporären Bahnverlad für Autos zwischen Göschenen und Airolo und einem Bahnverlad für Lastwagen durch den Gotthard-Basistunnel, der 2016 eröffnet wird. Diese Variante kostet zwei bis drei Milliarden Franken weniger und das Tessin bleibt stets gut mit der übrigen Schweiz verbunden.

Thomas Bolli, Leiter Kommunikation Alpen-Initiative



In aller Regel rollt der Verkehr – eine zweite Röhre ist unnötig!

Naturstrom an der Goldküste: «Im Zweifel für das Volk»

Auch wenn die Stromversorgung an eine Aktiengesellschaft ausgelagert ist, kann der Souverän auf den operativen Bereich der AG Einfluss nehmen. So hat das Zürcher Verwaltungsgericht im Fall der Initiative «Naturstrom zuerst» aus Küsnacht entschieden.

Das Prinzip ist denkbar einfach und bekannt: Statt dem herkömmlichen Atomstrom-Mix erhalten die Haushalte ein Naturstrom-Produkt als Basisangebot – mit der Option, den Atomstrom auch weiterhin zu beziehen: Sie müssen das dem Stromversorger nur mitteilen. In der Stadt Zürich wird das seit 2006 so gehandhabt.

An der Goldküste hat sich Anfang 2011 ein überparteiliches Komitee «Naturstrom zuerst» unter Mitwirkung von Grünen, AL, SP, GLP, einzelnen FDP-Mitgliedern und Parteilosen gebildet, mit dem Ziel, dass in den Gemeinden Küsnacht, Erlenbach und Zollikon künftig ebenfalls Naturstrom als Grundangebot geliefert wird. Die drei Gemeinden hatten 2009 ihre Stromversorgung an die «Werke am Zürichsee AG» (WAZ) ausgelagert. Aktionäre der WAZ sind die Netzanstalten der drei Gemeinden.

Naturstrom für Erlenbach

In Erlenbach lief alles reibungslos: Thomas Forrer (Grüne) und Charlotte Jakob (parteilos) reichten für das Komitee eine entsprechende Petition mit 150 Unterschriften ein, der Gemeinderat war einverstanden und bewirkte umgehend, dass die WAZ die Erlenbacher Haushalte ab 2012 standardmässig mit dem zertifizierten Produkt «Naturstrom basic» (95% Zürcher Wasserkraft, 5% aus Biogas) beliefert. 70% der Haushalte beziehen seitdem Naturstrom, davor waren es gerade einmal 3%.

Behördlicher Eiertanz in Küsnacht und Zollikon

In Küsnacht und Zollikon wurden die Petitionen abgelehnt. Während der Erlenbacher Gemeinderat im neuen System «kein Zeichen in die energetisch richtige Richtung» sah, hielt der Küsnachter Gemeinderat dasselbe System für «intransparent» und «hinterlistig», so dass er anschliessend auch die gleich

lautende Einzelinitiative für ungültig erklärte, die Beatrice Rinderknecht Bär (AL) für das Komitee in Küsnacht eingereicht hatte. Doch nun hiess es in der Begründung, dass die Gemeindeversammlung nicht zuständig sei für die operativen Geschäfte der WAZ – und dies, obwohl der Gemeinderat die Petition davor eingehend geprüft, aber aus politischen Gründen abgelehnt hatte. Dabei war die Einzelinitiative als Anregung formuliert: «Der Gemeinderat wird beauftragt, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, dass ...» Dieser Satz wurde schliesslich entscheidend.

Volk oder Verwaltungsrat?

Mit dem Rekurs des Komitees – beim Meilemer Bezirksrat und dann beim Zürcher Verwaltungsgericht – wuchs die Tragweite der Initiative. Das erkannte auch die NZZ, als sie schrieb: Es gehe um nichts weniger als «das Grundproblem, wer bei ausgelagerten öffentlichen Aufgaben wie der Stromversorgung letztlich entscheiden darf: das Volk oder der Verwaltungsrat.» (NZZ 18.7.12)

In dubio pro populo

Im November 2012 entschied das Verwaltungsgericht nach dem Grundsatz

«in dubio pro populo» – im Zweifel für das Volk. Vor dem Hintergrund des landesweit diskutierten Atom-Ausstiegs sei die Einzelinitiative als politisch einzustufen. Zudem werde «nicht im Einzelnen bestimmt, auf welche Weise der Wechsel des Basisstromangebots veranlasst werden soll». Der Küsnachter Gemeinderat habe die Initiative «zu Unrecht für ungültig erklärt».

Damit haben sich drei Fragen geklärt: Erstens können die Küsnachter demnächst darüber abstimmen, ob sie Naturstrom als Grundangebot haben wollen. Zweitens können Initiativen durchaus den operativen Bereich von gemeindeeigenen Aktiengesellschaften betreffen, wenn sie ein politisches Anliegen enthalten. Und drittens müssen komplexe Strukturen zwischen Gemeinde und Aktiengesellschaften kein Hindernis bilden, wenn die Initiative als Anregung formuliert ist.

Thomas Forrer, Präsident Grüne Bezirk Meilen

Urteil VB.2012.00449 vom 7.11.2012



Dank Grünem Engagement darf die Bevölkerung darüber entscheiden, ob auch in Küsnacht Naturstrom als Basisangebot an die Haushalte geliefert werden soll.

Grünkohl

Weltuntergang 2.0

Grünkohl ist erleichtert. Obschon die wahren Katastrophen, wie z.B. ein Übermass an Rosenkohl am Weihnachtessen, bereits im Vorfeld des Weltuntergangs quasi klammheimlich passiert sind, ist der ganz grosse Crash ausgeblieben. Nicht, dass ihn das gross erstaunen würde, ist doch der Weltuntergang, nebst der Volkswahl des Bundesrates, das meistgepredigte und seltenst eingetretene Ereignis überhaupt. Aber man weiss dennoch nie. Ein mulmiges Gefühl verspürte auch Grünkohl, wenn er ganz ehrlich ist. Er ist allerdings auch erstaunt. Erst im Dezember kam es offenbar einer

ganzen Schwetti von Menschen in den Sinn, sich bei Sternwarten, HellseherInnen und KonjunkturforscherInnen zu erkundigen, wie denn das nun mit dem Weltuntergang genau sei. Mal angenommen, er wär tatsächlich am 21. Dezember eingetreten, hätte dann die Zeit noch ausgereicht, um all die wichtigen Dinge zu tun, die man vor seinem Eindampfen auf ein Atom noch erledigen wollte? Also z.B. einen invasiven Neophyten pflanzen (paradoxe Intervention!), der SVP sagen, dass man sie lieb hat oder im McDonalds endlich mal einen Salat essen. Oder ganz einfach den Mitgliederbeitrag bei den Grünen einzahlen. Wobei Letzteres rein terminlich noch möglich gewesen wäre.

Nachdem die Welt sich also auch am 1. Januar nur durch leichtes Leberbrummen bemerkbar gemacht hatte, was allerdings kaum am Mayakalender lag, machte er, anstelle guter Vorsätze, einen Deal mit den Göttern: Ihr verschiebt den Weltuntergang und ich mache zum Dank eine Spende an die Grünen. Dass er dabei das Januarloch übersah und seither von Rosenkohlaktionen lebt, ist als Kollateralschaden zwar lästig, aber im Gegensatz zum Eingedampftwerden harmlos.

Ein gutes neues Jahr!

G. Kohl

Agenda

Grüne Kanton Zürich

2. Februar 2013, 9:00 Uhr

Gemeinnütziger Wohnungsbau auf dem Land und in der Stadt

Veranstaltung, Infos auf Seite 2
CEVI Zentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich, Raum London

4. Februar 2013, 19:30 Uhr, Apéro ab 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Thema: Raumplanungsgesetz und BVK-Referendum
Volkshaus Zürich, Blauer Saal

Grüne Stadt Zürich

29. Januar 2013, 19:30 Uhr, Apéro ab 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Hearing mit den Stadtratskandidierenden
Wirtschaft Neumarkt, Neumarkt 5, Morf-Stube

Grüne Winterthur

31. Januar 2013, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Thema: Folgen der Nutztierhaltung, Abstimmungen 3.3.2013

22. Februar 2013, 18:00 Uhr

Themen-/Wahlwerkstatt

Inhaltliche Schwerpunkte für die kommunalen Wahlen 2014

10. April 2013, 19:30 Uhr

Jahresversammlung

Alle Veranstaltungen finden statt im
Kongress- und Kirchgemeindehaus Winterthur, Liebestrasse 3

Grüne Velobörsen im Kanton

9. März 2013, 10:00 - 11:15 Uhr

Oberrieden Schulhaus Pünt

23. März 2013, 10:00 - 12:00 Uhr

Andelfingen Veloschopf beim Bahnhof Andelfingen

23. März 2013, 11:00 - 15:00 Uhr

Kilchberg Schulhaus Alte Landstrasse

23. März 2013, 9:00 - 14:00 Uhr

Richterswil Wishusplatz

6. April 2013, 9:00 - 12:00 Uhr

Horgen Dorfplatz

6. April 2013, 8:00 - 15:00 Uhr

Wädenswil Schulhaus Eidmatt mit Veloparcour, Flickstation, Kaffee und Kuchen

13. April 2013, 9:00 - 11:30 Uhr

Rüschlikon Schulhaus Dorf

Junge Grüne

26. Januar 2013

Kampagnentag (Parkplatzhalbierung & Züri Autofrei)

1. Februar 2013, 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Hearing mit den Stadtratskandidierenden
Sekretariat, Ackerstrasse 44, Zürich

Alle Infos: www.jeunesverts.jungegruene.ch/agenda/zh

Impressum

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 1'600 Ex. Redaktion & Layout: Ulla Blume. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Marionna Schlatter, Markus Kunz, Esther Guyer, Regula Kaeser-Stöckli, Ralf Margreiter, Christoph Hug, Matthias Probst, Kathy Steiner, Philipp Hochuli, Meret Schneider, Andi Lustenberger, Thomas Bolli, Thomas Forrer. Bildnachweise: S. 1: willma... / photocase.com, S. 2: www.gwa-hausen.ch, Visualisierung: Niedermann Sigg Schwendener Architekten AG, Zürich S. 5: Regina König / www.allebezahlen.ch, S. 6: Stadt Zürich, S. 7: artischock.net, S. 9: ron101 / photocase.com, S. 10: Alpen-Initiative/Aura, S. 11: Jochen Jansen / wikimedia.org, Design: artischock.net Zürich. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FCS-Papier gedruckt.